



FRIDAYS FOR FUTURE

Ein Programm der

**Baden-
Württemberg
Stiftung**

WIR STIFTEN ZUKUNFT



Hinweise zur Integration in den regulären Unterricht und zum konkreten Einsatz der Materialien entnehmen Sie bitte der zugehörigen Strukturskizze.

KOHLEAUSSTIEG IN DEUTSCHLAND

Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ („Kohlekommission“) war ein Beratergremium der Bundesregierung, die aus VertreterInnen aus Politik (mit Ausnahme der Opposition), Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Energieverbänden, Umweltverbänden und aus den Braunkohle-Regionen bestand. Sie sollte insbesondere eine Strategie für den Ausstieg aus der Kohleverstromung im Einklang mit den deutschen Klimaschutzzielen entwickeln und konkrete Vorschläge für Wachstum und Beschäftigung in den betroffenen Regionen unterbreiten.

Die Kommission war am 6. Juni 2018 vom Bundeskabinett eingesetzt worden und verabschiedete am 26. Januar 2019 nahezu einstimmig ihren Abschlussbericht.

Quelle: bmwi.de 2021 - FAQ zur Kohlekommission

ÜBERSICHT ÜBER DIE EMPFEHLUNGEN DER KOHLEKOMMISSION



Quelle: Agora Energiewende 2019 - Analyse „Die Kohlekommission“

TREIBHAUSGASMINDERUNGSZIELE DEUTSCHLANDS

1

Die deutschen Treibhausgasminderungsziele sind im Klimaschutzgesetz vom Dezember 2019 verbindlich festgelegt. Danach sollen die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 35 % gesenkt werden und bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 % (jeweils gegenüber dem Jahr 1990). 2050 soll Klimaneutralität erreicht und die Erderwärmung insgesamt unter 2 °C, idealerweise 1,5 °C gehalten werden.

Quellen: umweltbundesamt.de 2020 - Treibhausminderungsziele Deutschlands; utopia.de 2019 - Klimaziele

ERREICHT DEUTSCHLAND SEINE KLIMAZIELE?

2

Die Antwort für das Klimaziel 2020 heißt laut ZDF und dem jährlichen Klimaschutzbericht Deutschlands: Nein. Statt des Ziels, unsere Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu senken, werden wir wohl höchstens eine Reduktion der Treibhausgase von 32 Prozent gegenüber 1990 erreichen.

Laut Klimaschutzbericht 2018 gab es vor allem im Energiesektor, aber auch in der Industrie und in privaten Haushalten Erfolge. Gemäß Schätzung kann der Energiesektor seine Emissionen zwischen 1990 und 2020 um fast 39 Prozent oder, in realen Zahlen, um 180 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente senken, die Industrie um fast 40 Prozent bzw. 110 bis 112 Millionen Tonnen und private Haushalte um etwa 42 Prozent – das sind 56 Millionen Tonnen.

Was noch hinterherhinkt, ist der Verkehrssektor: Er kann bis 2020 nur eine CO₂-Reduktion von drei bis vier Prozent erreichen, was gerade mal fünf bis sechs Millionen Tonnen CO₂ entspricht.

Quelle: utopia.de 2019 - Klimaziele

GREENPEACE: VERKEHRSMINISTER SCHEUER STEUERT IN DIE KLIMAKRISE

3

Um den seit 30 Jahren stagnierenden CO₂-Ausstoß im Verkehr zu senken, setzt Minister Scheuer auf umstrittene pflanzliche Kraftstoffe, für die landwirtschaftliche Flächen blockiert und Wälder zerstört werden, sowie auf strombasierte Kraftstoffe, die enorme zusätzliche Kapazitäten an erneuerbaren Energien erfordern. Beiden Maßnahmen trauen Experten ein weitaus geringeres CO₂-Minderungspotenzial zu, als es der Verkehrsminister annimmt. Den öffentlichen Nahverkehr will Scheuer fördern, setzt aber weiterhin auf milliardenteure Subventionen für klimaschädliche Diesel.

Quelle: greenpeace.de 2019 - Verkehrsminister Scheuer steuert in die Klimakrise

DEUTSCHER STEINKOHLEABBAU BEENDET

4

SCHLAGLICHTER (DPA)

Bottrop (dpa) – In Deutschland wird keine Steinkohle mehr gefördert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erhielt auf der Schachtanlage Prosper-Haniel in Bottrop das letzte abgebaute Steinkohlestück. Acht Bergleute hatten es aus der letzten in Deutschland noch fördernden Steinkohlenzeche nach oben gebracht. Damit endete nach rund 200 Jahren die Ära der industriellen Steinkohleförderung in Deutschland. Jetzt wird in Deutschland nur noch Braunkohle abgebaut.

Quelle: welt.de 2018 - Deutscher Steinkohleabbau beendet; dpa-infocom GmbH

STEINKOHLEKRAFTWERK DATTELN IV GEHT IM SOMMER 2020 ANS NETZ

5

14.01.2020 / Matthias Epkes

Die erneuerbaren Energien wuchsen 2019 auf ein Rekordniveau. Mittlerweile haben sie sogar die Kohleverstromung auf den zweiten Platz in der Stromerzeugung verdrängt. Wenn es um das Einhalten von Klimazielen geht, ist das mehr als wünschenswert. Etwas seltsam mutet dann die Meldung vom Energiekonzern Uniper an, dass das Steinkohlekraftwerk Datteln IV voraussichtlich 2020 ans Netz gehen soll.

Das nordrhein-westfälische Kraftwerk Datteln liegt am Dortmund-Ems-Kanal und wurde bereits in den 60er-Jahren in Betrieb genommen, damals noch mit 3 Kraftwerksblöcken. Diese Blöcke sind allerdings bereits seit 2014 stillgelegt, nachdem die Betriebsgenehmigung ausgelaufen war. 2007 wurde mit dem Bau von Datteln IV begonnen. Für das neue Kraftwerk ist eine Bruttoleistung von 1.100 Megawatt (MW) geplant und damit mehr als dreimal so viel wie die früheren Kraftwerksblöcke zusammen. 400 MW davon sollen allein für die Deutsche Bahn bereitgestellt werden. Insgesamt wurden 2017 in Deutschland 22.800 MW durch Steinkohle produziert.

Quelle: energieverbraucherportal.de 2020 - Datteln IV geht im Sommer 2020 ans Netz

GEMEINSAM FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – BUND UND LÄNDER ERKLÄREN IHRE VERANTWORTUNG FÜR EINE GUTE ZUKUNFT

6

Um die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft zu erhalten und allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, werden Bund und Länder gemeinsam den Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft noch energischer vorantreiben. Den Rahmen hierfür bildet die Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen. Bund und Länder tragen gemeinsam Verantwortung für einen ambitionierten deutschen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030.

Quelle: bundeskanzlerin.de 2019 - Gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft

KLIMAPOLITIK VOR GERICHT

NEUN JUNGE MENSCHEN HALTEN DIE DEUTSCHEN KLIMASCHUTZMASSNAHMEN FÜR UNZUREICHEND UND ZIEHEN VOR DAS BUNDESVERFASSUNGSGERICHT.

7

Sie sind die junge Generation, die mit den Auswirkungen der Klimakrise wird leben müssen, und sie sehen ihre Rechte in Gefahr. Ihr Recht auf Eigentum zum Beispiel, Artikel 14 Grundgesetz. Oder ihr Recht auf freie Wahl von Beruf und Arbeitsplatz (Artikel 12 GG). Von ihrem Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Artikel 1 und 2 GG) mal ganz zu schweigen, wenn durch die Erderhitzung Überflutungen und Dürren zunehmen, Stürme heftiger werden und sie und die Biobauernhöfe ihrer Familien in ihrer Existenz bedroht werden.

Deswegen lassen jetzt neun Menschen zwischen 15 und 32 Jahren die deutsche Klimapolitik vom Bundesverfassungsgericht überprüfen und reichten im Februar 2020 Verfassungsbeschwerde ein. Sie sind der Ansicht, dass die Bundesregierung mit dem am 15. November 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetz weiterhin nicht genug gegen die Klimakrise tut, also ihrem im Grundgesetz verankerten Schutzauftrag nicht nachkommt.

Quelle: greenpeace.de 2019 - Klimaklage aktuell

AUFGABE 1

Beschreibe die Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands, besonders im Hinblick auf Treibhausgasemissionen (Arbeitsblatt M1a und die Texte 1, 4, 6).

AUFGABE 2

Problematisiere die Zusammensetzung der Kohlekommission hinsichtlich des Ergebnisses ihrer Verhandlungen.

AUFGABE 3

Bewerte, ob die deutsche Bundesregierung ihre Verantwortung ausreichend wahrnimmt.



Quelle: Twitter 2020 - Kanal von Greta Thunberg

FRIDAYS FOR FUTURE UND DIE LOBBYARBEIT

Neben dem Straßenprotest, mit dem die Bewegung Fridays for Future berühmt wurde, sind auch Gespräche mit EntscheiderInnen eine wichtige Säule der Einflussnahme geworden.

Bedenklich finden es die AktivistInnen trotzdem, dass sie diejenigen sind, die die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit auf die politische Agenda bringen. Schließlich gebe es ein Abkommen, nämlich das Pariser Klimaabkommen, mit dem die Vereinten Nationen einen Vertrag unterzeichnet haben, der den Klimaschutz politisch verankert. Das Ziel, die globale Temperaturerhöhung auf unter 2 °C, besser 1,5 °C zu begrenzen, erscheint zunehmend utopisch. Nur protestieren reicht nicht mehr.

Anfang Juli 2020 riefen die AktivistInnen dazu auf, Bundestagsabgeordnete anzurufen oder eine Mail zu schreiben, in der sie gegen das Kohleausstiegsgesetz und damit für einen Ausstieg vor 2038 stimmen. Es werden Workshops zum Thema Abgeordnetengespräche angeboten und eine eigene Arbeitsgruppe zu dem Thema gegründet. Mittlerweile sind Fridays for Future nicht mehr nur in der lokalen und Bundespolitik vertreten, sondern auch auf EU-Ebene.

„LOBBYING“ KLINGT VIELLEICHT NEGATIV, DABEI BEDEUTET ES ERST MAL NUR, EINFLUSS ZU NEHMEN

Einfluss nehmen, Lobbyarbeit betreiben, das klingt in den Ohren einiger AktivistInnen nach krummen Geschäften und Deals unter der Hand. Dabei bedeutet es erst mal nur, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen und persönliche Kontakte zu pflegen. Lobbying ist ein Mittel politischer Teilhabe und in der Demokratie verankert.

Erfolgreich war die Aktion, Bundestagsabgeordnete anzurufen, allerdings auf den ersten Blick nicht: Am 3. Juli wurde das Gesetz im Bundestag mit 314 zu 237

Stimmen verabschiedet. „Dass wir das verhindern können, war natürlich von Anfang an fraglich“, sagt Helena, eine Aktivistin bei Fridays for Future. „Aber wir wollten das Gesetz im Vorfeld maximal skandalisieren. [...] Und die Abgeordneten mussten uns gegenüber Rechenschaft ablegen, das war eine superwichtige Erfahrung. [...] Aber das ist nur eine Ergänzung und wird niemals ersetzen, was wir auf der Straße machen“, betont Helena.

VORSICHT VOR FALSCHEM SCHMUCK

Bei Greenpeace ist den PolitikerInnen schon vorher klar, was deren VertreterInnen zu sagen haben und den radikaleren AktivistInnen von „Ende Gelände“ oder „Extinction Rebellion“ wird meistens gar nicht zugehört. Wenn allerdings AktivistInnen von Fridays for Future den Stadtrat aufsuchen, hat dies derzeit noch einen Überraschungseffekt. Dann muss man sich die Argumente wenigstens einmal anhören. Doch gleichzeitig besteht das Risiko, dass sich die Politik mit den jungen AktivistInnen „schmückt“, um so zu zeigen, dass man die Meinungen anhört und in die Entscheidungen miteinbezieht.

Doch die Frage ist: Was bringt das? Können Bewegungen wie Fridays for Future wirklich aktiv Einfluss auf die Politik nehmen? Sie selbst antworten auf solche Fragen, dass es wichtig sei, Präsenz zu zeigen, ihre Themen in den Vordergrund zu rücken. Dabei betonen sie immer wieder, PolitikerInnen seien in der Verantwortung, basierend auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu handeln und keine Zeit mehr zu verlieren, unseren Planeten zu retten. Denn darin sind sie sich einig: Viel Zeit bleibt nicht mehr.

AUFGABE 1

Beschreibe, wie Fridays for Future Lobbyarbeit betreibt. Was ist „echter“ Lobbyismus und unterscheidet sich dieser vom Lobbyismus bei FFF? Wie begründen VertreterInnen von FFF ihre Lobbyarbeit?

AUFGABE 2

Beurteile, ob politische Lobbyarbeit sinnvoll und zielführend ist. Diskutiere mit deiner Sitzpartnerin/deinem Sitzpartner.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZU LOBBYISMUS

Lobbyismus laut Bundesamt für Politische Bildung

Interessenvertretung bedeutet, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen und ihre Verbände politische Entscheidungen über Regelungen oder die Verteilung von Ressourcen zu ihren Gunsten beeinflussen wollen. [...]

Zu Unrecht steht politische Interessenvermittlung mitunter generell unter dem Verdacht, dass hier illegitime Machenschaften in Hinterzimmern stattfinden. Tatsächlich sind politische Akteure darauf angewiesen, dass sich organisierte Interessen an sie wenden. Interessenvertretung ist also per se legitim und erwünscht. Sie muss aber bestimmten Regeln folgen. Neben Formen der illegalen Einflussnahme wie Korruption gilt es auch als problematisch, wenn die Einflusschancen zwischen den Interessen (z. B. zwischen [...] den Erzeugern von Umweltschäden und Umweltschützern) strukturell ungleich verteilt sind, wenn Einflussnahme auf intransparentem Wege erfolgt oder wenn die Einflussnahme so weit geht, dass die politische Entscheidung nicht von legitimierten Entscheidungsträgern getroffen wird. [...] Der Umstand, dass die Entwicklung von Gesetzesentwürfen heute Spezialwissen erfordert, das in den Ministerien nicht immer in ausreichendem Maße vorhanden ist, führte zu verschiedenen Formen der Beteiligung externer Akteure an dieser Aufgabe. [...] Für den Sachverständigenrat für Umweltfragen

(www.umweltrat.de) kann man z.B. festhalten, dass dessen Empfehlungen in der Fachwelt regelmäßig große Aufmerksamkeit und Anerkennung genießen und sicherlich als eine Quelle der umweltpolitischen Entscheidungsfindung gelten können (Hey 2009). [...] Bereits seit den 1970er-Jahren ist es möglich, dass „Bundesministerien externe Personen befristet beschäftigen, um fehlende eigene Expertise oder Kapazitäten auch im Rahmen von Gesetzgebungsvorhaben zu kompensieren“ (Döhler 2012: 190). [...]

[...] Infolge internationaler und europäischer Rechtsentwicklung erhielten in Deutschland seit 2006 die Umweltverbände ein Klagerecht, das in den Folgejahren noch deutlich ausgebaut wurde. Sie dürfen nun gegen Verstöße gegen das Umweltrecht klagen, etwa wenn es um Kohlekraftwerke, Abfallverbrennungsanlagen und Tierhaltungsanlagen sowie auch um Luftreinhaltepläne geht (SRU 2018). Die Umwelt- und Naturschutzverbände klagen tatsächlich und sind dabei überdurchschnittlich erfolgreich (SRU 2018: 18 ff.)

Nicht zuletzt die starke mediale Präsenz von Umwelt-NRO wie Greenpeace hat dafür gesorgt, dass sich auch die im Vergleich zu großen Wirtschaftsakteuren schwachen Interessen Gehör verschaffen.

Quelle: bpb. de 2019 - Interessenvertretung und politisches System in Deutschland im Wandel



Gesetzliche Verankerung von Lobbyarbeit

- Recht auf freie Meinungsäußerung (Art. 5 GG)
- Recht auf Demonstration (Art. 8 GG)
- Recht auf Zusammenschluss (Art. 9 GG)
- Recht auf politische Partizipation (z. B. Petitionsrecht, Art. 17 GG)